

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
H. 1.00, M. 1.00, monatl. 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Zah-
lungsb. monatlich 10.— M., erst zu-
stellungsgeld. Unter Preisband für
Deutschland und Österreich 18.00 M.,
für das übrige Ausland bei taglich
einmal. Zustellung 21.00 M. Ver-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Einzelnummern in
die Post einzubringen.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
weise zweimal Sonntags und zwei-
mal wöchentlich.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
Die wichtigste Kompensations-
stelle ist die 2. — 2. — 2. — 2. — 2. —
„Kleine Anzeigen“, das ist
gedruckt Wort 1.— M. (zuletzt zwei
letzte Buchstaben), jedes weitere
Wort 60 Hg. Stellengeld und
Schlusszeilenanzeigen das erste Wort
60 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Anzeigen für die 2. — 2. —
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Reise 2.— M., politische und
wissenschaftliche Vereine 4.— M.
2.— M. die Reize ohne Aufschlag.
Anzeigen für die 2. — 2. — Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Öffnet
von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197. Donnerstag, den 15. Juli 1920. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Alarmnachrichten aus Spa.

Annahme der Bedingungen?

Spa, 15. Juli. (Havas.) Die Deutschen haben unter gewissen Bedingungen die Vorschläge der Alliierten in der Frage der Kohlenlieferungen angenommen.
An hiesigen amtlichen Stellen ist von der Annahme nichts bekannt.

Hue nach Spa berufen.

Spa, 15. Juli. Reichstagsabgeordneter Hue trifft heute vormittag wieder hier ein.

Die Entente unbefugsam.

Spa, 15. Juli. (TU) In den Kreisen der Alliierten erklärte man, daß die Entente in der Ernährungsfrage und möglicherweise auch in anderen Punkten zu Zugeständnissen bereit sein würde, daß sie aber in der Kohlenfrage unter keinen Umständen etwas von ihrer Forderung ablassen werde. Weder Millerand noch Lloyd George könnten in ihre Parlamente zurückkehren, ohne in der Kohlenfrage über befriedigende Ergebnisse berichten zu können. Der Standpunkt der Entente sei daher unabänderlich.

Lloyd George und Millerand hatten im Laufe des gestrigen Tages wiederholt sehr lange Besprechungen ohne Ergebnis.

In der Entente nachstehenden Kreisen wird versichert, daß Lloyd George über das deutsche Verhalten empört sei. Man sagt, daß er keine weitere Diskussion mit der deutschen Delegation mehr haben wolle, sondern entschlossen sei, selbst das Protokoll zu revidieren das den Deutschen vorgelegt werden soll. Seiner Ansicht nach ist die Okkupation des Ruhrgebietes, obwohl sie vom praktischen Gesichtspunkte aus wenig ersprießlich sein dürfte, das einzige Mittel zur Lösung der gegenwärtigen Krise.

Von italienischer Seite wurde mitgeteilt, daß die Gefahr der Befreiung des Ruhrgebietes durch die Alliierten in nächster Nähe gerückt sei. Der Oberste Rat habe bereits alles Nötige festgelegt. Es würden 6 Divisionen zur Verwendung kommen, darunter 2 englische, 3 französische und eine belgische.

Frankzösische Nachrichtenstellen wissen noch zu melden: Die Deutsche Regierung und die Kohlenfabrikanten haben beschlossen, daß die deutsche Delegation von den Alliierten die Entsendung einer Kommission nach Essen verlangen wird, damit dieselbe sich an Ort und Stelle von den Schwierigkeiten der Kohlenausbeutung im Ruhrgebiet überzeugen kann.

Das Ultimatum.

Osag, 15. Juli. (Meldung des Holländisch Neuwisbureaus.) Der Sonderberichterstatter des „Holländisch Neuwisbureau“ meldet: Der Oberste Rat beschloß heute, Donnerstag, früh den Deutschen mitzuteilen, daß die Alliierten ihnen in der Nachmittags-Sitzung eine Note überreichen würden, in der folgendes steht:
1. daß die Deutschen an der Zerstörung der französischen und belgischen Gruben und Fabriken schuld seien, und
2. daß die Entente auf ihrer Forderung nach einer monatlichen Lieferung von 2.400.000 Tonnen Steinkohlen durch Deutschland beharre.

Um Lemberg und Wilna.

Warschau, 15. Juli. Die Fortschritte der roten Armee gehen in steigendem Tempo weiter. Nachdem Mlodetschno gefallen ist, gilt der nächste Schlag Wilna. Südlich von Wilna, von Mlodetschno her, ist bereits Smorgon (60 Kilometer von Wilna) besetzt. Nordwestlich von Wilna, von Smenzang her, ist der Fluß Wilja überschritten. Michalischki ist eingenommen (80 Kilometer von Wilna). Gleichzeitig bringen die Bolschewiki gegen Lida vor, um auch von Süden her Wilna abzuschneiden. Nur die Bahn über Bialystok-Grodno bietet noch größere Sicherheit. An der übrigen Front hat gleichfalls der unaufhaltsame Rückzug der Polen eingesetzt, so an der Bahn Warschau-Baranowitschki bis Kowalno und nördlich Sarny bis zur Strzbedka. Vom Festungsdreieck ist außer Kowno nur auch Dubno von den Polen geräumt, von wo die Bolschewiki nunmehr über Brzda gegen Lemberg vorgehen, von dem sie noch 100 Kilometer entfernt sind. Der südliche Frontteil umfaßt von Kremenec südwärts den schmalen Streifen östlich Sarysch bis Kremenec-Kobylitz. Hier war bisher das Uzi Reizuras, das er aber inzwischen auch verlassen hat. Er ist, da er bei den Ostgalizern unpopulär ist, nach Langut hinter Goguzyni übergesiedelt.

Lenin an die englischen Kommunisten. Nach einem Moskauer Rundpruch hat Lenin am 10. Juli ein Schreiben an die englischen Kommunisten gerichtet, indem er sie zur Gründung einer kommunistischen Partei in England ermuntert.

Für den Fall, daß Deutschland diese Forderung nicht sofort genehmigen werde, würden die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen.

Wenn diese Mitteilungen zutreffen, so bedeutet dies ein Ultimatum, aber ein Ultimatum, ohne daß den Deutschen eine Frist gelassen wird, über ihre Entscheidung nachzudenken.

Lloyd George und Simons.

Spa, 15. Juli. (T.U.) Aus alliierten Kreisen hört man, daß ein Nachgeben der Alliierten in der Kohlenfrage nicht in Aussicht steht. Aus der Tatsache, daß Dr. Simons und Lloyd George eine unmittelbare Audienz haben, könnte man vielleicht schließen, daß die Alliierten, ebenso wie die deutsche Delegation, auf eine Fortsetzung der Konferenz von Spa, wenn es irgend angeht, Wert legen. Der Gewährsmann des Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ erklärt, daß die Art der Verhandlungen in der Kohlenfrage, besonders das Auftreten des Herrn Stinnes, nicht dazu beigetragen habe, die Alliierten von dem guten Willen und der guten Absicht der deutschen Industrie zu überzeugen. Lloyd George soll Herrn Dr. Simons die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Lieferungsverlangens der Alliierten mit dem Bedürfnis begründet haben, diese Kohlenlieferungen zur Grundlage der geplanten internationalen Kautschuk zu machen.

Die Auffassung in England und Frankreich.

Paris, 15. Juli. (Meldung des Holländisch Neuwisbureaus.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ erzählt über den voraussetzlichen Verlauf der Verhandlungen in Spa: Man hoffe, bis zum Freitag zu einem Einvernehmen in der Steinkohlenfrage zu gelangen, wenngleich die offiziellen Beratungen nicht besonders ermutigend seien. In den offiziellen Besprechungen sei jedoch ein größeres Verständnis auf Seiten der deutschen Unterhändler und ein bezwundernder Einfluss von Stinnes festgestellt worden. Was die Wiedergutmachung anlangt, so dürfe man von der Später Konferenz nicht die Festlegung einer bestimmten Summe erwarten. Millerand werde feinesfalls sprechen, bevor sich die Sachverständigen über die Grundfragen, wie die Kohlenlieferungen, die Leistungen in materiellem und wirtschaftlichem Material für den Wiederaufbau geäußert haben. Wenn die Delegation Freitag oder Sonnabend Spa verlässe, dürfte vielleicht nur die anzunehmende Methode festgelegt sein.

Rotterdam, 14. Juli. Der Korrespondent der „Daily News“, der sich bisher als gut unterrichtet gezeigt hat, ist unter den englischen Journalisten doch der optimistischste. Obwohl er die Lage als unheimlich beunruhigend bezeichnet, glaubt er doch, daß die Gelegenheit zum Nachdenken, die durch die Unterbrechung der Konferenz geboten worden ist, einer Uebereinstimmung förderlich sein kann. Es sei der Mühe wert, daran zu erinnern, daß die Alliierten vor zwei Tagen aus eigenem Entschluß sich erboten haben, die Lebensmittellieferung der deutschen Bergarbeiter zu verbessern. Von den drei in Spa tätigen Kommissionen für die Kohlen, die Lebensmittel und die Wiederherstellungsfrage habe die letztgenannte Kommission sofort auf den schwachen Punkt in dem deutschen Plan hingewiesen und bestimmtere Kohlenangaben verlangt.

Italienisch-serbische Spannung.

Triest, 15. Juli. Wie der Korrespondent der „Telegraphen-Union“ meldet, überstiegen die Italiener das Nationalhaus der Slowenen, besaßen es mit Petroleum und zündeten es an. Das drei Stockwerke hohe Haus brannte ab. Die Demonstrationen gegen die Slowenen dauern an. Das Haus der slowenischen Zeitung „Edinost“ wurde gestürmt und das Haus des serbischen Konsuls geplündert. Die Polizei stellte die Ordnung mit Waffengewalt her, wobei es zwei Tote und fünfzehn Verwundete gab.

Belgrad, 15. Juli. Die Nachrichten aus Triest haben hier Bewegung hervorgerufen. Wie der Korrespondent der „Telegraphen-Union“ meldet, haben sowohl in Belgrad als auch in Agron, Serajevo und Raibach Gegendemonstrationen gegen die Italiener stattgefunden. Die Regierung hofft, ernstere Verwicklungen zu vermeiden.

Die Unruhen in China.

Amsterdam, 14. Juli. Wie „Daily Mail“ aus Tientsin meldet, kam es in der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. in der Nähe von Pongtsau an der Bahnlinie Peking-Tientsin zum ersten Zusammenstoß zwischen den beiden feindlichen Parteien, dem Anfu-Klub und der Tschilipartei. Die Truppen des Marschalls Zuan-tschji-tsching die Tschilipartei, die sich zurückzogen. In Tientsin sind ein englischer Torpedobootsgeräth und andere Kriegsfahrzeuge eingetroffen, was unter der beunruhigten Bevölkerung große Genugung hervorrief.

Vor schweren Kämpfen.

Von Carl Lindow.

Schneller als die Unabhängigen sich wohl dachten, sind die deutschen Arbeiter vor eine Situation gestellt, die noch dem Zeugnis der Unabhängigen nur durch die Arbeiter selbst abgemehrt werden kann. Als die prominenten Mitglieder der U. S. V. das Wort sprachen, die Arbeiter seien stark genug, alle Anschläge auf ihre Lebensrechte abzuwehren, als sie den Arbeitern die Aufgabe zuwies, die sonst die politische Arbeitervertretung übernahm, dachten sie an eine Art Wiederholung des Rapp-Butsches. Aber mit Ausnahme der U.S.V. macht so leicht keine politische Partei denselben Fehler zum zweitenmal. Es soll damit nicht gesagt sein, daß nicht irgendwelche direktionslose Abenteurer doch noch etwa mit einem rechtsradikalen Butsch liebäugeln. Aber die Gefahr ist jedenfalls.

Nachdem die unheilbaren Idioten von rechts das fast an ein Weltwunder grenzende Kunststück fertig brachten, durch ihren Angriff auf die Arbeiterrechte, die, wenn auch leider nur vorübergehende Einigung der Arbeiterklasse zu erzwingen, nachdem die „Post“ das Bürgertum vor dieser Einmütigkeit als neue Gefahr gewarnt hat, diktiert die heillosen Führer der Kriegsparteien an einer Auseinandersetzung mit den Arbeitern im großen wenig Geschmack finden. Sie haben es auch nicht nötig, denn einweilen arbeitet die Zeit in ihrem Interesse. Sie haben ihre Vertretung in der Regierung und die Arbeiter nicht. Die Reaktion verlegt ihre Angriffe vom politischen auf den wirtschaftlichen Komplex.

Mit dem Jammern über geringe Ergiebigkeit der Arbeit begann es, mit dem Wehklagen über die hohen Löhne wurden die Blätterleien eröffnet und mit dem Beschluß der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, in Zukunft in keine Lohnaufbesserung mehr einzuwilligen, fiel die Kriegserklärung an die Arbeiterklasse.

Seit diesem Tage schweft es in Deutschland und stellenweise, wie z. B. in Königsberg, ist bereits der lodernde Brand zum Durchbruch gekommen. Ueberall lehnen die Unternehmer es ab, Lohn erhöhungen zu bewilligen, und wo Schiedsgerichte zugunsten der Arbeiter gefällt werden, erleiden diese dasselbe Schicksal. Bei der Lohnbewegung der Binnenarbeiter lehnte der vom Reichsarbeitsministerium bestellte „unparteiische“ Schiedsgerichtsvorsitzende es ab, einen Schiedspruch zu fällen, weil die Differenz zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem „Angebot“ der Unternehmer zu groß sei. Das stimmt, die Unternehmer lehnten nämlich jedes Entgegenkommen ab. In Hamburg kommen die Holzplagarbeiter mit den Unternehmern zu keiner Einigung. Das Schiedsgericht billigt den Arbeitern eine Erhöhung zu, die hinter den Zugeständnissen der Unternehmer zurückbleibt.

Für jeden, der Augen hat, ist es ganz klar, daß alle Behörden gegen Arbeiterforderungen heute ganz anders ins Zeug gehen, als vor dem Regierungswechsel. Wir haben jetzt eine bürgerliche Regierung, das ist der Unterton, der fast überall, nicht nur bei den Behörden, durchklingt. In Karlskrona findet sogar eine Vernehmung der „Schuldigen“ statt, die auf das Grab eines Posthelfers einen Kranz mit roter (!) Schleife niederlegten, und ein Postdirektor fährt zu diesem staatsretterischen Akt sogar von Berlin dorthin.

Aus solchen Vorgängen schöpfen die Unternehmer heute die Zuversicht, daß sie die Behörden in jedem Fall auf ihrer Seite haben. Wochen- ja monatelang dauerte es, bis die Unternehmer sich dem Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft fügten, die Kosten für die Brot- und Kartoffelverteilung durch Lohn erhöhungen weitzumachen. In weniger Stunden als damals fügte sich die Herrschaft dem Beschluß der Scharfmacher, keine Lohn erhöhungen mehr zu bewilligen. Neugierig darf man sein, wie sich die Zentralarbeitsgemeinschaft stellen wird, wenn die Arbeitervertreter gegen den Scharfmacherbeschuß Protest erheben. Buznet und die Herren an allen Ecken und Kanteln dabei, Kämpfe zu provozieren. Sie hoffen, daß die schlechte wirtschaftliche Lage es ihnen gestattet, die Macht der Arbeiter bald hier, bald dort abzubrechen. Ihnen liegt vor allem daran, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu schwächen. Ob eine derartig geschwächte Arbeiterkraft dann noch die Kraft hat, einen politischen Angriff auf ihre Rechte abzuwehren, ist sehr zweifelhaft. Die Verhältnisse liegen heute anders als in den Märztagen. Damals wählte man den Weg der Gewalt. Der Angriff scheiterte nicht allein am Generalstreik der Arbeiter.

Ebenso schwer wie dieser Schlag traf den Butschisten die Bahnlegung der ganzen Verwaltung durch die verfassungstreuen Ministerien. Heute wird jeder Angriff auf die Arbeiter auf verfassungsmäßigem Wege vor sich gehen. Eine der Rapp-Parteien sieht sogar in der Regierung und im Reichstag ihren mehr Arbeiterfeinde als Arbeitervertreter. Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen, aber es steht zu befürchten, daß ein arbeitserfreundliches Gesetz heute eine glatte Majorität findet. Die Gegner des Achtstundentages sitzen bis in die Weiden der bürgerlichen Demokraten

und ein Reichsgerichtsurteil erklärte dieser Tage frei und frank, es bestünden Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der Verordnung über den Achtstundentag. Auf diesem Wege würde Stütz für Stütz der Arbeiterrechte zerbrochen.

Aber die Arbeiter werden sich ihrer Haut zu wehren wissen, riefen uns die Unabhängigen zu. Das ist die Drohung mit dem Generalstreik. Am 12. Juli haben die Berliner Metallarbeiter eine Resolution beschlossen, in der die Gewerkschaftskommission aufgefordert wird, in allen Betrieben über folgendes abstimmen zu lassen:

Ist die Arbeiterschaft des Betriebes bereit, in eine revolutionäre Aktion einzutreten

1. gegen die Bucherpreise, für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände,
2. gegen die Arbeitslosigkeit, für die Aufnahme der vollen Produktion,
3. gegen die Verkürzung der Erwerbslosenunterstützung,
4. für die Beseitigung des Steuerabzuges,
5. für die Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft, für die Einführung der sozialistischen Bedarfswirtschaft?

Solche „revolutionäre“ Beschlüsse zu fassen, ist ein Kinderpiel, besonders wenn man ihre Durchführung auf andere Leute abwälzt. Aber selbst das Lob der „Roten Fahne“ macht als einer kapitalen Dummheit noch keine revolutionäre Tat. Auch das in Sachsen Lehnliches geplant oder bereits beschlossen ist, ändert an diesem Urteil nichts. Den Kapitalisten könnte man in diesem Augenblick keinen größeren Gefallen tun, als in den Streik einzutreten. Für die Unternehmer im Berliner Verlehdgewerbe wäre ein solcher Proteststreik geradezu ein gefundenes Fressen. Williger als ein Proteststreik, gegen die Erhöhung der Brotpreise & Co., wäre es gewesen, wenn die Unabhängigen im Reichstag nicht den geplanten Ausschuss zu Fall gebracht hätten. Dadurch sind der Gewerkschaftsbund und die Kfa zu einem papierernen Protest gezwungen, über den die „Rote Fahne“ spottet, die sich übrigens ihren Lesern schon als Führerin der Berliner Metallarbeiter vorstellt.

Eine „revolutionäre“ Tat um der Punkte willen, die die Metallarbeiter ausführen, ist nichts als revolutionäre Verzweiflung. Die deutsche Arbeiterschaft ist durch die Abstinenzpolitik der Unabhängigen in eine Lage gebracht, die ihnen den Gedanken an solche Verzweiflungsschritte außerordentlich nahelegt. Alle Arbeiter aber, die einen klaren Kopf behalten haben, werden sich gegen solche Verzweiflungsaaktionen, die letzten Endes zu ihrem Schaden ausschlagen, stemmen. Auch die Schuldigen wollen sie nicht verpassen. Die U. S. V. hat mit ihrer Weigerung, in die Regierung einzutreten, ihren Anhängern ja keine andere Wahl als die „revolutionäre“ Verzweiflung gelassen. Eine zur Hälfte aus Sozialisten bestehende Regierung hätte die Arbeiterschaft und die Wirtschaft sowohl vor dem Zerfall als vor dem Verfall der Kapitalisten wie der „revolutionären“ Worthelden schützen können.

Wiederum, der Wortkollaborat der U. S. V. hätte dann keine Triumphe feiern können. Diesem Wortkollaborat der Unabhängigen werden heute die Arbeiterintressen geopfert. Bei der U. S. V. können sich die Arbeiter für die heutige Situation bedanken.

Das Diktat von Moskau.

Wie der kommunistische Staat aussehen soll.

Während die Unabhängigen sich nach wie vor bemühen, ihren russischen Befehlshabern nachzuweisen, daß sie genau so „radikal“ seien wie jene, und zu diesem Zweck neuerdings sogar — wie heute morgen in der „Freiheit“ zu lesen — einig: Reisen von der Preß- und Versammlungsfreiheit abriden, veröffentlicht G. Sinajew, russischer Volkskommissar und einer

der führenden Köpfe der dritten kommunistischen Internationale, einen Bericht zum zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale, in dem es von neuem Übergeigen gegen die Unabhängigen nur so bogelt. Die tagtäglichen Bitten der Unabhängigen um Einlaß in die Sparte des Heils werden von Sinajew wie folgt beantwortet:

Wenn wir hören, daß die Herren Crispian und Hilferding in Deutschland, Hillaquit und seine Gefinnungsgenossen in Amerika, plötzlich anfangen, auch Sympathien für die Dritte Internationale zu äußern und nicht abgeneigt sind, ihr unter bestimmten Bedingungen beizutreten, so sagen wir uns: man muß die Tür zur kommunistischen Internationale zurückeln, man muß eine zuverlässige Wache an den Toren der kommunistischen Internationale postieren.

Das ist kurz und heuchlich. Bei dieser Gelegenheit zitiert Sinajew ein Wort Kautskys, das dieser Hugsman gegenüber gesagt hat. Hiernach sagte Kautsky:

„Wenn meine Partei (d. h. die Partei der deutschen Unabhängigen) mich (d. h. Kautsky) zwingen wird, zwischen der Partei der Unabhängigen und der Zweiten Internationale zu wählen, so werde ich die Zweite Internationale wählen.“

Eine solche Auffassung erregt natürlich das höchste Mißfallen des hochbewußten Diktators, und logisch erklärt er:

Die Aufgabe des jetzt bevorstehenden zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale besteht eben darin, solchen „Hühnern“ nicht zu erlauben, diese unwürdige Handlung zu begehen. Die kommunistische Internationale muß die Internationale der Tat bleiben.

Charakteristisch für die russische Methode ist die Auspielung der Arbeiterführer gegen die Arbeiterschaft in der unüberkennbaren Absicht, einen Keil zwischen beide zu treiben und die Arbeiterschaft mit Mißtrauen gegen die von ihnen erwählten Führer zu erfüllen. Von dieser Absicht sind auch die folgenden Worte des russischen Volkskommissars diktiert:

Willkommen, zufen wir den Arbeitern zu, die diesen Parteien angehören! Aber befreit Euch erst von Eurer Falschheit, verjagt erst jene von Euren „Führern“, die in Wirklichkeit die Agenten der Bourgeoisie in Eurer Mitte sind.

Wie der Aufbau der dritten Internationale gedacht ist, zeigen die Thesen des Exekutivkomitees zum zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale. Ueber den Parlamentarismus heißt es hier:

Der Parlamentarismus als Staatsform ist die „demokratische“ Form der Herrschaft der Bourgeoisie, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Aktion einer Volksoberleitung bedarf, die ihrem Reuheren nach eine Organisation des außerklassenmäßigen Willens darstellt. Ihrem Wesen nach aber eine Maschine der Anechtung und Unterdrückung in der Hand des herrschenden Kapitals ist.

Diese kommunistische Auffassung vom Wesen des Parlamentarismus ist zwar nicht neu, wird aber hier mit bemerkenswerter Präzision formuliert. Wenn in den weiteren Thesen die Beseitigung der Staatsmacht, Zertrümmerung nicht nur der staatlichen, sondern auch der kommunalen Einrichtungen und Zerstörung auch familiärer republikanischer Institutionen gefordert wird, so nähert sich diese Auffassung außerordentlich der anarchistischen Theorie, die bisher von den Sozialisten aller Schattierungen schärfstens abgelehnt wurde. Die Auffassung, die in den Thesen vom Wesen des Massenkampfes vertreten wird, ist vor der durch die R.V.D. sonst unaufhörlich bekämpften national-bolschewistischen Doktrin der R.V.D. kaum noch zu unterscheiden. Das Programm sagt hierüber:

Die hauptsächlichste Methode des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist vor allem die Methode der Massenaktion. Diese Massenaktionen werden durch die Massenorganisationen des Proletariats unter allgemeiner Führung einer geschlossenen, disziplinierten und zentralisierten kommunistischen Partei organisiert und geleitet. Der Bürgerkrieg ist ein Krieg. In diesem Kriege muß das Proletariat ein gutes politisches Offizierskorps, seinen guten politischen Generalfstab haben, der alle Operationen auf allen Kampfgebieten leitet.

Würden wohl die deutschen Arbeiter sehr erfreut sein, wenn man sie „wohl diszipliniert“ anstatt in die preußische in die rote Armee einliedern wollte, damit sie sich dann, ganz wie in jenem, für irgendein Hingepieß, diesmal nämlich für ein Rätephantom, zu Krüppeln machen lassen? Wir glauben zu wissen, daß der Haß der Arbeiterschaft gegen diesen neuen Militarismus nicht weniger heftig entbrennen würde wie gegen den gestrigen.

Dem Parlamentarismus wird die beschriebene Rolle zugewiesen, die illegalen Aktionen zu unterstützen und im Parlament die „revolutionäre“ Stellung ohne Rücksicht auf die „Schäftsordnung“ zu betonen. Das läuft also auf die Förderung an die Abgeordneten der R. P. D. hinaus, sich möglichst radikal zu gebärden und recht laut zum Fenster hinaus zu schreien. Die Auffassung, als sei die „echt revolutionäre Gefinnung“ von der Zahl der erteilten Ordnungsrufe abhängig, ist höchst kindisch und — wie die Kommunisten sagen würden — kleinbürgerlich.

Das ganze Gebäude, das durch die kommunistischen Thesen zum zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale errichtet werden soll, ist eine Konstruktion, aber kein organisches Gefüge. Sein Boden schwankt, und die, die ihn zu befestigen beabsichtigen, werden sich bald von seiner Unhaltbarkeit überzeugen müssen.

Kautsky muß hinaus!

Hilferding hinterdrein.

Kassel, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf der Bezirkskonferenz der U. S. V. in Hessen-Waldeck am 11. Juli 1920 wurde die Resolution einstimmig angenommen, Kautsky aus der U. S. V. D. auszuschließen, auch über den Ausschluß des Chefredakteurs der „Freiheit“, Hilferding, wurde verhandelt. Der Antrag auf Ausschluß Kautskys wurde damit begründet, daß er nötig sei, um volle Klarheit zu erlangen.

An anderer Stelle des Blattes weisen wir auf die Forderung des russischen Volkskommissars Sinowjews hin, der an die Unabhängigen das Verlangen stellte, sich von ihren Führern Hilferding, Kautsky und anderen schleunigst zu befreien. Dieser russische Befehl scheint zuerst nach Hessen gedrungen zu sein, ist doch der Beschluß der dortigen Unabhängigen eine prompte Ausführung des bolschewistischen Diktats. Man hört ordentlich, wie die „Unabhängigen“ beim Strammziehen vor Moskau die Haken zusammenhängen. Ob die Partei als solche noch Kautskys Ausschluß viel an Klarheit gewinnen wird — wie der Antrag mehr hoffnungsfreudig als überzeugend zum Ausdruck bringt —, möchten wir allerdings bezweifeln. Jedenfalls spricht der Antrag außerordentlich für das Recht der freien Meinungsäußerung in der U. S. V.

Hamburg voran!

Hamburg, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nachdem vor kurzem in ganz Deutschland eine Aufregung stattgefunden hat, die zur Beseitigung der Wohnungsnot eine baldige Inangriffnahme der Sozialisierung des Baugewerbes fordert, ist in Hamburg der erste Anfang auf diesem Wege gemacht worden. Es handelt sich um einen Beschluß der Hamburger Bürgerschaft. In ihrer gestrigen Sitzung wurde ein Antrag der Mehrheit der beiden sozialistischen Fraktionen gegen die Rechts angenommen; er verlangt staatliche Mittel zur Gründung und Förderung der gemeinnützigen Baubetriebe sowie die Errichtung staatlicher Produktions- und Landbetriebe zu gemähren.

Des Weiteren sollen die Behörden für eine verbesserte Baustoffbeschaffung und wirtschaftliche Art der Herstellung von sozialen Hoch- und Tiefbauten Vorstöße machen. Genosse Baepfow, der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, hielt eine längere Rede zur Begründung der Vorlage. Der Widerspruch der bürgerlichen Fraktionen war nicht besonders heftig. In einzelnen Punkten konnte in der Beschlußfassung sogar Sinowjews erreicht werden, wenn auch die Stellen des Beschlusses, auf die es hauptsächlich ankam, von ihnen abgelehnt wurden.

Die eroberte Fahne.

Bei den Vorfällen vor der französischen Botschaft in Berlin wurde ein Reich zur Entzerrung der Fahne durch eine ihm überreichte Geldsumme veranlaßt. Sie war durch eine Sammlung aufgebracht worden.

Der Nob sieht auf, der Sturm kriecht los, nun geht es an ein Kognaltrinken, dann wächst der Mut fast rielengroß: „Ja Staud muß diese Fahne Anken! Aut, Krugelmeister, spure Dich, laß samel ein kräftig Scherlein springen; ein teiler Dienstknecht findet sich, der wird das Heldenwert vollbringen.“

So kommt zum Ziel die Karrenschar, Die frech zerrampelt unfern Kamen — Ob auch ein Prinz dazwischen war? Der Pink hat manamal solchen Samen. Die reinigt man das deutsche Hans Von des Gezielers biss Gedaren? Strent man Inzestenpulver aus, Daß endlich sie zum Teufel fahren?

Scharaff.

Kammerspiele: „Die Rotbrüde“. Die Aufführung der französischen Komödie von Fred Grelac und Francis de Crastet, gegen die der Verband deutscher Bühnenschriftsteller Protest erhoben hatte, brachte es durch ausgezeichnete Darstellung der weiblichen Hauptperson zu starkem Erfolg. Die Voraussetzungen sind, wie gewöhnlich bei dem Genre, recht berrucht und wenig reinlich. Ein Adokat macht seinem frisch aus der Provinz zugereisten Richters den Vorstoß, mit einem in eine Pariser Ehebrautstiftung verwickelten, über die erforderlichen Millionen verfügenden jungen Manne für sonndobiel hunderttausend Frank als Blagbakterin eine Scheinehe einzugehen, die, wenn die Spuren erst verwischt sind und einer Heirat mit der betreffenden Pariser Dame keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen, von dem Gericht geschieden werden soll. Das liebe Mädchen findet an dem sauberen Schieberplan nicht das geringste auszufehen und versteht es, die eiferfüchtigen Bedenken der Pariserin durch die Maske gouvornantenhafter Geistesvollständig zu beschwichtigen. Mit diesem Ansat ist natürlich das übrige gegeben. Die Rotbrüde wird Endstation. Die Schiedermädchen verleben sich nach allen Regeln der Kunst ineinander, und die düpierte Weißdame, die in der Zwischenzeit durch ihre Kapriolen dem Anbeter die Hölle redlich heiß gemacht hat, lehrt zu dem nicht gerade beneidenswerten Gatten zurück. Die Szenen sind ausschließlich darauf berechnet, der Darstellerin der Jacqueline Gelegenheit zu allerhand erotischem Geplänkel zu verschaffen, und mühen, wenn die Figur in der üblich konventionellen Form gespielt

würde, durch Leere auf die Nerven fallen. Jedes der satig-frischen Naturlächeln der Käthe Dorich, die sich durch keine Künsteleien des Textes betruen ließ, gelang es, eine lustspielmäßige muntere Stimmung bis zum Schluß festzuhalten. Hans Junkermann als zaghafter Verehrer, Max Laurence und Frau Annie Sara unterstützten sie dabei.

Organisation der Torfverfegung. Der Kohlenmangel in den Städten und in der Industrie kann durch weitgehende Verwertung von Torf verringert werden. Deshalb hat das Institut für Moorforschung und Moorstudien an der Hochschule in Bonnover, wie in der „Linschau“ mitgeteilt wird, eine Organisation in Aussicht genommen, durch die die Kleinbesitzer der Torfmoore zu Genossenschaften vereinigt werden. Diese Genossenschaften heuten die Moore maschinell aus und legen für die Abfuhr Schotterbahnen an. Nach Abbau der Torfmoore sollen die Porzellan den Besthern zur landwirtschaftlichen Bearbeitung zurückgegeben werden.

Die Schulen in Sowjetrußland. Aus Briefen, die ein in amtlichem Auftrag in Moskau weilender deutscher Delegierter kürzlich und die in der nächsten Nummer der „Grenzboten“ zur Veröffentlichung gelangen, erzählt man aufschreiende Einzelheiten über das Schulwesen der Sowjetrepublik. Dennoch machen die Bolschewisten wirklich große Anstrengungen für die Schulen, nur daß eben die wirtschaftliche Zertrümmerung Rußlands allem idealen Willen den Weg versperrt. Sie bemühen sich vor allen Dingen, dem Proletariat etwas zu bieten, und zwar wird am meisten getan für die kleineren Kinder von 4 bis 8 Jahren. Diese sind in den sogenannten Kindergarten untergebracht, wo sie, von Lehrkräften unterrichtet, sich mit Modellieren, Malen usw. beschäftigen. Man gibt diesen Kindern das denkbar beste Essen, darunter Kaviar, Würst, Fleisch, Butter usw. in genügenden Mengen. Man sorgt für Kleidung und gibt den Kindern unentgeltlich Stiefel und Wäsche. Man ging sogar so weit, daß man in die Kindergärten das aus den Villen requirierete feine Porzellan und die schönsten Tische und Teppiche gab. Natürlich verstehen diese Sachen ihren Zweck, denn das Porzellan wird von den Kindern in Massen geschlagen, die Wäsche, Servietten usw. von den Lehrkräften gegen gewöhnliche Lumpen umgetauscht und auf der Sowdarewa verkauft. Die Teppiche, welche besonders in manchen Villen Rußlands einen historischen Wert darstellen, hat man einfach um sie zu verenden, in Stücke geschnitten und den Kindergärten übergeben. Näher betrachtet, sind diese ganzen Schulorganisationen keine Lehrranstalten, weil niemand an Lernen denkt, sondern nur Abfütterungen. Dabei werden die hygienischen Verhältnisse absolut nicht beachtet, denn die Kinder kommen dezart verlaust in die Schule, daß bei manchen der Hals wie von einem Kollier von Läusen umkränzt ist. Den Eltern deswegen Körperzie zu machen, ist unmöglich, denn aus Seitenmangel (1 Pfund Seife kostet 1500 Rubel) können die Eltern meher die Kinder noch deren Wäsche waschen, außerdem sind die Eltern selbst angepöbelt und kommen abends dezartig müde nach Hause, daß sie nicht in der Lage sind, sich wie früher um ihre Kinder zu sorgen.

Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Berlin SW 68, Lindenstr. 3 IV.) Der Bestand der Bücherei wurde im

zweiten Quartal um 57 Neuerwerbungen vermehrt. Davon entfallen auf Volkswirtschaft 4, Sozialwissenschaft 12, Sozialismus und Sozialdemokratie 10, Geschichte 6, Staatswissenschaften 3, Rechtswissenschaft 2, Kriegswissenschaften 1, Religion und Philosophie 1, Sprach- und Herkunftslehre 3, Bibliographie, Biographien, Memoiren 4, Zeitchriften 8. Der App-Litwiz-Büchich im Spiegel der Parteipresse, sowie eine fast lädenlose Plakat- und Flugblattsammlung aus dem Wahlkampf 1920 sind als Denkmäler der Schande und Dokumente der Zeitereignisse dem Archiv einverleibt worden. Ueberweisungen von kleinen Schriften und Dokumenten sind im Interesse des Parteiarchivs sehr erwünscht. Entliehen wurden 210 Werke von 81 Personen. Die Zahl der Besuche betrug 111. Um Abdruck wird gebeten.

Der Schühengraben als Denkmal. In der Nähe des Forts Douaumont befindet sich eine Stelle, die „der Graben der Bojanette“ genannt wird. Es ist ein Schühengraben von etwa 25 Fuß Länge, der von einem Weizen von Trichterbauern umgeben ist. Ueber das unterirdische gewachsene Gras ragen noch die Enden von Gewehren heraus, die einst mit französischen Bajonetten besetzt waren, und in dem Graben sind dreißig französische Soldaten beerdigt, die hier nach tapferer Gegenwehr von den Deutschen übermächtig wurden. Ein Amerikaner hat nun eine Summe zur Errichtung eines Denkmals an dieser Stelle gespendet, und der Architekt, dem die Ausführung übertragen ist, wird den Schühengraben selbst zum Monument aufgehoben, indem er aus ihm eine große, in Beton erbaute Grabrampe macht. Der Zugang zu diesem eigenartigen Denkmal erfolgt durch einen tiefen Graben, in dessen Mitte sich zwei Betonblöcke befinden, auf denen die Namen der hier Begrabenen verzeichnet sind — Ein gelideter Völkerriebe möge bald einen hüllenden Bald über diese graulige Kriegserinnerung himmeln lassen.

Ein Verhruhl für internationales Arbeiterversicherungsrecht. Auf den in der philosophischen Fakultät der Universität Berlin neuerrichteten Verhruhl für vergleichendes internationales Arbeiterversicherungsrecht ist der bisherige belgische Ministerdirektor Dr. Emil Verbeke als Vorkandidat benannt worden.

Paul Schruppling bleibt dem Berliner Musikleben erhalten. Er übernimmt zwar die Leitung einer Reihe großer holländischer Konzerte in Duisburg, behält zugleich aber die Leitung der Sinfoniekonzerte unseres Blüthner-Orchesters bei.

Der Verbandstag deutscher Medizinerkassen, der sieben in Leipzig gelangt hat, sprach sich für die Ausdehnung der Gesamtkassenorganisation auf sämtliche Universitäten Deutschlands aus. Der Beitritt zur Organisation wird dadurch obligatorischer gemacht und zugleich durch die Einziehung bei der Rekrutierung erzwungen, was bisher nur in Würzburg, Tübingen, Berlin und einigen anderen Universitäten eingeführt war. Für die Verwirklichung der Forderungen der Medizinerversicherungsstellen ist das natürlich sehr von Belang. Dem Voruch, den Beitritt überlicher Studenten zu untertreiben, war durch diesen Bescheid die Spitze abgebrochen. Die Medizinerversicherung wird nach einem weiteren Beschlusse eine selbständige Organisation im Rahmen des allgemeinen Studentenauschusses.

Ein Arbeiter-Schau für das Uhren- und Schmuckwaren-Gewerbe wird in Verbindung mit der am 10. bis 12. August in Berlin tagenden Hauptversammlung des Deutschen Uhrmacher-Bundes in den „Gammelfeldern“ veranstaltet.

Buchrucker freut sich.

Eine Entgegnung des Reichswehrministeriums.

Zu dem Artikel „Buchrucker freut sich“ in der Abendausgabe des „Vormarsch“ vom 2. Juli erhalten wir von der Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums (gez. Siehr) folgende Zuschrift:

Das Verhalten des Majors Buchrucker in den Kapp-Tagen ist vom parlamentarischen Untersuchungsausschuss geprüft worden. Die Prüfung hat eine völlige Entlastung des Majors Buchrucker ergeben. Eine Beurteilung des Majors B. ist daher weder vom Reichswehrminister noch von einer anderen Dienststelle verfügt worden.

Die Übernahme des Bataillons, das Major Buchrucker führte, durch Major v. Seelhorst steht daher in keinem Zusammenhang mit dem Kapp-Zug. Die dortige Dienststelle hatte darum völlig freie Hand in der Wahl des Zeitpunkt für den Kommandowechsel.

Unser Urteil über das Verhalten des Majors v. Buchrucker in den Kapp-Tagen wird durch diese Mitteilung nicht berührt. Wir stützen uns dabei auf genaue Berichte sowohl der Zivilbehörden wie der Arbeiterorganisationen im Reichswehrbezirk. Aber selbst für den, der in Buchrucker keinen Helfershelfer der Kapp-Rebellion erblicken will, muß die Tatsache bestehen, daß Buchrucker durch sein ganzes Verhalten in den Kapp-Tagen sich als unfähig erwies, ein Kommando an verantwortlicher Stelle zu führen. Durch sein geradezu wahnsinniges provokatorisches Auftreten, durch die hochmütige Schroffheit, mit der er jeden Verständigungsversuch zurückwies, hat er die volle moralische Verantwortung dafür auf sich geladen, daß es im Reichswehrbezirk zu Blutvergießen und förmlichen Schlächten gekommen ist. Weiter fällt ihm die unmenschenliche Behandlung seiner sogenannten „Gefangenen“ — zum guten Teil Frauen und Minderjährige — zur Last.

Wenn die Reichswehr sich von solchen Elementen nicht selber reinigt und die leitenden Stellen noch mit besonderer Emphe betonen, daß sie nichts gegen Leute wie Buchrucker unternehmen, so darf sie sich nicht wundern, daß ihr Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Stärke in der Bevölkerung keine Sympathie findet.

Keine Deutschenansiedlung in Frankreich.

Spa, 14. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Das der Konferenz von Spa von der deutschen Delegation unterbreitete Projekt für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete wird in einem Teile der französischen Presse dahin ausgelegt, daß deutscherseits beabsichtigt werde, in den fraglichen Ländern deutsche Ansiedler zu entsenden. Diese Auffassung ist durchaus unzutreffend und irreführend. Wie der Wortlaut des übrigens nur eine Anekdote darstellenden Dokuments erkennen läßt, handelt es sich bei den internationalen Siedlungsunternehmen, das lediglich dem Gedanken des gemeinschaftlichen Interesses an dem tatsächlichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aller durch den Krieg betroffenen Länder entspringt, in erster Linie darum, neue Heimstätten für die früheren Bewohner der zerstörten Gebiete zu schaffen. Erst in zweiter Linie sollen auch Personen aus den übrigen Teilen der geschädigten Länder, und nur dieser Länder, daselbst angesiedelt werden können.

Die Ansiedlung von Deutschen außerhalb Deutschlands kommt somit bei diesem Projekt nicht in Frage. Ebenso wenig sollen dadurch die geschädigten Länder in der Zukunft derjenigen Arbeiter beeinflusst werden, denen die Wiederaufbauarbeiten zu übertragen sind.

Gebühren für Meuterei.

Die militärische Korrespondenz Piper meldet: Bei Dienstenthebung wegen Verletzung an der Limburgabteilung im März 1920 hat der vorgeschriebene Gehalt abzug erst dann einzutreten, wenn die gerichtliche Voruntersuchung (nicht schon das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren) eingeleitet oder das Hauptverfahren eröffnet worden ist.

Auch den wegen derselben Ursache Verurteilten können, wenn der Urlaub nicht freiwillig erbeten wurde, über 1 1/2 Monate hinaus die Gebühren ohne Abzug bezahlt werden: für März 1920 einschließlich der erhöhten Reichswehrlage von 3 M., aber ausschließlich der Kampflage und der besonders bewilligten Tageszulage von 7 M. Ist ein Urlaub über 3 Monate nötig, so hat das Reichswehrministerium über eine Weiterzahlung der Gebühren zu entscheiden. — Vielleicht entschließt sich das Reichswehrministerium, eine Meutereizulage einzuführen.

Preissturz in Thüringen.

Weimar, 15. Juli. (Z.) Auf den Märkten in nahezu allen thüringischen Städten kann man in den letzten Tagen infolge der durchgreifenden Tätigkeit der zentralisierten Preisfestsetzungskommissionen einen teilweise recht beträchtlichen Preissturz, namentlich in Obst und Gemüse feststellen. Die letzten Märkte in Weimar und Umgebung zeigten auch Rückgänge der Preise für Perle, die ziemlich reichlich aufgetrieben werden. Das Paar kostete nur noch 140 bis 200 M. Man erwartet in maßgebenden Kreisen baldigst einen weiteren Preissturz. In verschiedenen Städten Thüringens, so auch in Weimar, Erfurt, Jena und Apolda geben die Textil- und Schuhwarengeschäftsinhaber bekannt, daß sie im Einklang mit der Landesregierung eine wesentliche Herabsetzung der Preise vornehmen, um den Käuferstreik, der sich allenthalben bemerkbar macht, dadurch zu beenden.

Die Entschuldung Englands.

London, 14. Juli. (Reuter.) Amlich wird gemeldet, daß England im vergangenen Jahre die Republik der bei neutralen Ländern aufgenommenen Anleihen zurückgezahlt hat, nur die Vereinigten Staaten sind noch in herborragendem Maße Gläubiger. Der Gesamtschuldenbetrag ist um 56 136 000 Pfund vermindert worden.

Die Besatzungskosten. Die belgischen Mütter melden, daß die Biererzeugungskommission nach Prüfung der deutschen Beschwerden wegen der ungeheuren Kosten der militärischen Besatzung der deutschen Gebiete die von Deutschland in Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu zahlende Summe auf 7 Franken pro Tag und Soldat festgesetzt hat.

Washington, 15. Juli. (Z.) Der die asiatische Flotte kommandierende Admiral Coades meldet, daß 160 amerikanische Marines Befehl erhalten haben, sich nach Peking zu begeben, um die Woche der Gefandtschaft zu verstärken. Admiral Coades bezieht sich selbst nach Peking, um sich mit dem amerikanischen Gesandten zu besprechen.

Der russische Vormarsch in Persien.

Lenzen, 14. Juli. Reuter erfährt aus amtlicher persischer Quelle, daß bolschewistische Streitkräfte die Boordere zwischen Teheran und Sazanderan erreicht haben. Falls kein wirksamer Widerstand geleistet wird, wird Teheran ihnen bald preisgegeben sein.

Der neue bayerische Justizminister. Die bayerische Mittelpartei hat für den ihr austretenden Vizepräsidenten des bayerischen Justizministeriums den bisherigen Bezirksamtmann Roth in Vorschlag gebracht.

Groß-Berlin

Die U. S. P. für Wermuth.

In der heutigen Morgenausgabe der „Freiheit“ wird über die Frage: „Was wird Oberbürgermeister von Berlin?“ geschrieben:

„Über diese Frage zerbrechen sich eine Anzahl Zeitungs-Schreiber die Köpfe. Sie reden hin und her und nennen verschiedene Namen. Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach. Der jetzige Oberbürgermeister hat während seiner Amtszeit bewiesen, daß er volles Verständnis für die Rufe der breiten Schichten der Bevölkerung hat. Mit rastloser Energie hat er insbesondere während des Krieges Lebensmittelbeschaffung für die Lebensmittelversorgung Berlins. Er hat sich durch die Bekämpfung der reaktionären Elemente in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den Kopf dieser Gesellschaft zugeknüpft, so daß die Herrschaften alles daran setzen, um Wermuths Wiederwahl zu verhindern. Diese Tatsache spricht für Wermuth. Welche Kreise der Berliner Arbeiter sind mit den sozialdemokratischen Vertretern einig darin, daß Wermuth weiter sein Amt ausüben möge in aller Energie und Festigkeit zum Wohle der breiten Massen Groß-Berlins.“

Wir haben keine Ursache, die Verdienste Wermuths um die Stadt Berlin zu schmälern, betrachten es aber als ein großes Glück für den ehemaligen Minister Wilhelms II., daß er kein — Mehrheitssozialist ist.

Nationalistische Radaubröder.

Die Sicherheitspolizei hatte im Laufe des gestrigen Mittwochs nachmittag von verschiedenen Seiten die Meldung erhalten, daß im Anschluß an die in der Universitätsstraße stattfindende Kundgebung gegen die schwarze Schmach von indischer Seite ein Demonstrationzug nach der französischen Botschaft geplant sei. Daraufhin wurde die Brandenburger Tor-Wache mit einer verstärkten Abteilung der Sicherheitspolizei besetzt und vom Pariser Platz bis zur Universitätsstraße ein starker Patrouillendienst von grüner und blauer Polizei eingerichtet. Gegen 11 Uhr war die Kundgebung in der Nähe der Ende und die Versammlungsteilnehmer strömten die Linden entlang. Von der Bildung eines Demonstrationzuges wurde mit Rücksicht auf den an der Friedrichstraße beginnenden Baukreis abgesehen. In kleineren Gruppen zogen zahlreiche Studenten, darunter auch viele in Couleuren, zum Pariser Platz, promenierten eine Zeitlang auf der Südseite des Platzes entlang und vereinigten sich dann mit einem Rale (Lomisch! Die Red.) zu einer größeren Menge, die vor der französischen Botschaft das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ anstimmte. Da die vor der Botschaft aufgestellten Posten der Sicherheitspolizei nicht imstande waren, die Demonstration zum Weitergehen zu bewegen, wurde die Befragung der Brandenburger Tor-Wache alarmiert, die über den Platz ausströmte und die Ansammlung zerstreute. Weitere Versuche der Demonstrationen, sich von neuem zu sammeln, wurden verhindert, so daß gegen Mitternacht wieder Ruhe vor der Botschaft eintrat.

Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“

Sendet uns zu der in der Abendausgabe Nr. 343 erschienenen Zuschrift des Transportarbeiterverbandes eine Erwiderung, der wir folgendes entnehmen:

„Mit der Führung unserer Schiffe sowie der Maschinen und Kesselanlagen sind Mannschaften betraut, die zum großen Teil seit Bestehen unseres Unternehmens ihre Tätigkeit bei uns ausüben. Diejenigen Mannschaften, die lediglich dem Kapitän und Maschinisten zur Unterstützung dienen, sind gleichfalls aus dem Schiffahrtsgewerbe entnommene Leute. Mannschaften ohne Kenntnisse der Schiffahrt sind bei uns nicht eingestellt. Die Lohnfrage, um die es sich hier in der Hauptsache seitens des Transportarbeiterverbandes handelt, hat mit der Befähigung der Mannschaften absolut nichts zu tun. Sie wird aber von dem Verband mit dieser Angelegenheit verknüpft. Der zwischen unseren Leuten und uns geschlossene Tarifvertrag, der übrigens auf besonderen Wunsch unserer Mannschaften im März d. J. getätigt wurde, läuft bis zum 30. September d. J. Wenn, wie in dem Artikel angeführt, der eine oder andere Schiffahrtsunternehmer höhere Löhne zahlt, so läßt der Transportarbeiterverband — ob mit Absicht, muß dahingestellt bleiben — außer acht, daß diese ihre Mannschaften nach Schluss der Personenschiffahrt einfach entlassen, wogegen die Leute bei uns Winter- und Sommerbeschäftigung finden.“

Ganz merkwürdig mußt es aufheben an, wenn der Deutsche Transportarbeiterverband als Vertreter eines Teils unserer Mannschaften dieser die Befähigung für ihre Tätigkeit abspricht. Hier sei noch bemerkt, daß die Leute einen Befähigungsnachweis führen müssen und ferner alljährlich erneut von der aufsichtführenden Behörde in die Register eingetragen werden.“

Einen Schreiben, das der Vertrauensmann der Befähigung der Sternschiffe des Betriebes Tegeleer an uns richtet, und in dem „ganz entschiedener Einspruch“ gegen die Zuschrift des Transportarbeiterverbandes genommen wird, entnehmen wir folgendes:

„Sämtliche Schiffsführer des Tegeleer Betriebes haben das Stettiner Patent und sind schon 10 bis 15 Jahre im Betrieb tätig. Alle Maschinen sind im Besitze des Befähigungsnachweises, die fast alle von dem Wasser-Verband Stettin ausgeführt sind. Sämtliche Bootleute sind befähigte Köche und Dampf-Schiffer. Alle Heizer, mit Ausnahme von zweien, die gelernter Maschinenarbeiter sind und hier angelernt wurden, sind Berufsheizer.“

Bezüglich der Lohnfrage haben Verhandlungen unfruchtbar mit der Direktion im März stattgefunden und sind die im „Vormarsch“ angeführten Löhne vertraglich bis zum 1. Oktober geltend festgelegt worden.“

Demgegenüber steht die Rückkehrung des Verbandes auf die Erwiderung der Direktion, die u. a. besagt:

„Ein Tarifvertrag, von der Organisation abgeschlossen, besteht bei der Gesellschaft nicht. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“ besitzt noch Schiffe der Personenschiffahrt nur einen Teil des Personals, genau wie die anderen Personenschiffe, die den tariflichen Lohn zahlen.“

Es wird dem allen Personal in keiner Weise die Befähigung abgesprochen, nur besteht die Gefahr, daß infolge der niedrigen Entlohnung, des befähigten Personals die Stellung verläßt und an seine Stelle Unbefähigte eingestellt werden.“

Ein Schmutzian.

Ein gemeingefährlicher Expreser ist von der Kriminalpolizei unbeschädigt gemacht worden. Ein mit Justizhaus mehrfach verurteilter 36 Jahre alter Schmutzian Theodor Herrmann hat die öffentlichen Todesanzeigen daraufhin durch, ob sich unter ihnen auch solche befänden, in denen Eltern den plötzlichen Tod eines Sohnes anklagten. Wegen dieser rüchete der Gauner seinen Expreserfeldzug. An den Verstorbenen richtete er einen Brief, der so den Eltern in die Hände kommen mußte. In dem Schreiben bezeichnet er sich als einen guten Freund des Adressaten und bittet diesen dringend, die bewußte Angelegenheit

nun endlich zu erledigen. Was es mit dieser Angelegenheit für eine Bewandnis hat, sagt er nicht, doch läßt die Fassung des Briefes deutlich erkennen, daß es sich um eine Verfehlung handelt, die die Deffenlichkeit sucht. Er spricht dann davon, daß er dafür sorgte, daß das Verfehlungsmaterial aus den Akten verschwunden sei, auch habe er den Beamten bestochen, so daß die ganze Angelegenheit zu seinen Gunsten geregelt sei. Für alle diese Bemühungen habe er jedoch nicht einmal Dank gerettet, viel weniger seine baren Aufwände zurückhalten. Zum Schluß fordert er den Empfänger dann auf, ihm unerschrocken unter der Chiffre W. v. W. 8000 M. nach einem hiesigen Postamt zu schicken.

Die Eltern sind sich natürlich keiner Schuld ihres Sohnes bewußt und tiefmitleidlich, wenn sie so nachträglich erfahren, daß dieser sich schwere Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen. Die Eltern müssen sich in der Regel keinen Rat und sehen nur den einen Ausweg, die verlangte Summe zu zahlen.

Der Kriminalpolizei kam jetzt durch einen Zufall ein solcher Expreserfeldzug des Gauners zur Kenntnis. Sie führte dem Briefschreiber nach und entlarvte den Gauner. Personen, die durch solche Schreiben geschädigt worden sind, werden gebeten, sich bei Kriminaloberstaatsanwalt Duffa, Inspektion O, Zimmer 391 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Es gibt noch leere Wohnungen in Berlin.

Ja, es gibt noch leere Wohnungen in Berlin — man muß sie nur zu finden wissen. Wir nehmen an, daß auch das Berliner Wohnungsamt die nötige Findigkeit hat. Um so mehr wundern wir uns, daß leergewordene Wohnungen leer bleiben.

Warum werden die früher von einem Polizeibureau benutzten Räume im Hause Kotthauer Straße 19, die schon seit Januar leer stehen, nicht wieder zu Wohnungen eingerichtet? Sie sind so umfangreich, daß mindestens fünf kleine Wohnungen daraus gemacht werden könnten. Und wie erklärt es sich, daß auch Räume im Hause Urbanstraße 48, die gleichfalls früher ein Polizeibureau beherbergten, seit Januar unbenutzt gelassen sind? Auch da wäre es möglich, mehrere Wohnungen zu schaffen und wieder ein paar Wohnungssuchende unterzubringen.

Daß in beiden Häusern die Mietverträge über die leergewordenen Räume noch längere Zeit laufen, kann selbstverständlich kein Hindernis sein, die Räume zu beschlagnahmen. Die Reparaturmachung ist in erster Linie wegen der Wohnungsnot zu fordern, sobald aber auch deshalb, weil nicht länger die öffentlichen Mittel zur Mietezahlung für unbenutzte Räume verschwendet werden dürfen.

Dem Reichsgesundheitsamt gehen fortwährend zahlreiche Beschwerden wegen gesundheitslicher Mängel in Art, namentlich über ungesunde Wohnungen, unterbliebene Pflanzarbeiten und dergleichen zu. Das Gesundheitsamt kann solche Gesuche nur an die örtlichen Gesundheitsbehörden weitergeben. Um unliebsame Verzögerungen zu vermeiden, empfiehlt es sich, solche Gesuche unmittelbar an die zuständigen Landesbehörden, in Berlin bei Wohnungsamt von Wohnungen an das Städtische Wohnungsamt, Berlin O 2, Stralauer Str. 4/6, im übrigen an das Polizeipräsidium zu richten.

Verloren gegangen ist am Sonntag, den 4. Juli, auf der Bahnfahrt nach Königswinterhausen, zur Bezirksabteilung, ein blaues Paket mit roten und weißen Kleidern. Dieselben gehören dem Arbeiter-Gesundheitsamt „Liedertreue“, Johannisstr. 18, Friedrichstraße 18. Der erbsliche Finder wird gegen Vergütung der Unkosten um Aufstellung gebeten.

Der Magerviehhof ist für den Viehverkehr bis zum 26. Juli gesperrt. Der nächste Schweinemarkt findet am 28., der nächste Rindermarkt am 30. Juli statt.

Die gestohlene Entengruppe des Bierbrunnens vor dem Charlottenburger Rathaus ist aufgefunden. Unverzügliche polizeiliche Nachforschungen haben den Diebstahl schnell aufgeklärt. Das Kunstwerk wird der Charlottenburger Stadtverwaltung wieder übergeben. Inzwischen ist von der Hochbauverwaltung die zweite Gruppe sicherheitsshalber abgenommen worden. Es wird zu erwägen sein, ob die Entengruppe ihren alten Platz wieder einnehmen sollen. Die schlechten Erfahrungen der letzten Zeit ermutigen allerdings kaum zur Wiederaufstellung.

Rund für Freigabe der sozialen Organisation, Volkshaus, Straße 30/31, Altes Gebäude III. Sonnabend 8 Uhr: Vortrag.

Bei einem Einbruch wurde dem Genossen Christoph, Northstraße 30, und der Genossin Dickmann das Mühlrad der S. V. D. gestohlen. Die 2. Abteilung ersucht, die Täter anzuhalten.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglich, 300 Gramm Kartoffelstärke, 250 Gramm Zerealienmehl (108).

Sport.

Geroth schlägt Spalla. Der gestern auf der Nordbahn-Terrasse veranstaltete Boxkampf endete mit dem vollen Siege Geroths. Spalla mußte den Kampf in der sechsten Runde wegen Verletzung seines rechten Auges aufgeben.

Zu Beginn der Veranstaltung war der Kampf Wiegert gegen Müller unentschieden. Den Schluß bildeten die Paare Kopulski gegen den Engländer Marvell, der die Gleichwertigkeit der beiden ergab.

Wirtschaft

Zur Verteilung von Reichsschulden.

Auf unsere Anfrage an den Magistrat Berlin, wie die Herausgabe der Reichsschulden erfolge, erhalten wir von dem Kommissar der Verteilungsstelle, Herrn Stadtrat Raab, folgende Information:

Auf das gefl. Schreiben vom 9. Juli 1920 teilen wir Ihnen ergebnis folgendes mit: Die verschiedenen andere Großstädte hatte die Stadtgemeinde Berlin von dem zweiten Angebot der Reichsschuldenverteilung, welches eine erhebliche Erhöhung der Preise (gegenüber denen des ersten Angebotes bei gleichzeitiger Preissturz der Ware im freien Handel) enthält, noch eingehender Prüfung der Sachlage bisher keinen Gebrauch gemacht, da bei Aufrechterhaltung der bisherigen Bedingungen der Reichsschuldenverteilung (Barauszahlung, Verrechnungsgeschehen) nach den Erfahrungen bei der ersten Verteilung an einen Absatz dieser Schulden durch den Kleinhandel in Berlin nicht gedacht werden konnte, und andererseits selbst bei unmittelbarem Verkauf durch städtische Stellen die Wiedereinmieten Berlins von der Möglichkeit, sich durch Erlangung eines Verrechnungsgeschehens diese Schulden zu verschaffen, keinen oder nur ganz geringen Gebrauch gemacht hätten. Denn es ist klar, daß, was sich als Minderbemittelter den Normalitäten des Verrechnungsgeschehens unterziehen soll, auch eine Ware erhalten muß, die in der Preisliste um eine ganz erhebliche Spanne und nicht nur etwa 1—20 M., von der im freien Handel käuflichen Ware abweicht, zumal der Käufer nicht in der Lage ist, das Wertverhältnis abzuschätzen und auch die Ansichten der Sachverständigen hierüber durchaus auseinandergehen. In einer Predigtung der Stadtverordneten, an welcher auch Herr Bollmershaus als Arbeitervertreter teilnahm, ist einstimmig anerkannt worden, daß der Standpunkt der Stadtgemeinde von pflichtmäßigen Erwägungen ausging und durchaus gerechtfertigt war.

